

«Die Sonne gehört uns allen»

BERN. Damit Ruth Dreifuss, erste Schweizer Bundespräsidentin, 1993 in die Regierung gewählt wurde, bedurfte es einer Frauendemo. Heute unterstützt sie ihre Grossnichte, deren Generation noch immer mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kämpft.

INTERVIEW: KARIN LANDOLT

Nehmen Sie das Leben seit Ihrem Rücktritt aus dem Bundesrat ruhiger?

Ruth Dreifuss: Natürlich ist mein Leben etwas weniger ausgefüllt, als es zu meiner Zeit im Bundesrat war. Ich habe für alles, was ich tue, etwas mehr Zeit und natürlich mehr Zeit für meine Familie und meine Freunde.

Weniger ausgefüllt? Fehlt Ihnen das Regierungsamt?

Es fehlt mir nicht, aber es war eine schöne Zeit, ein volles Leben, und ich konnte mit einem ganzen Departement zahlreiche Projekte realisieren. Jetzt bin ich auf mich selbst gestellt, nicht zuletzt deshalb nehmen die Dinge, die ich tue, mehr Zeit in Anspruch.

Sie werden aktiv, wenn Sie glauben, dass Sie politisch etwas bewirken können, etwa 2008 vor der Abstimmung über das flexible Rentenalter oder 2006 gegen das Asyl- und Ausländergesetz.

Es gibt eine ungeschriebene Regel, dass man sich als ehemaliges Bundesratsmitglied weniger einmischte. Ich bin nicht bei jedem Abstimmungskampf dabei, versuche mich auch bei Themen zurückzuhalten, die mein früheres Departement, das EDI, betreffen. Wobei sich die Zeiten geändert haben, man hält sich nicht mehr so sehr an die Regeln, der gegenseitige Respekt hat abgenommen.

Woran liegt das?

Eine gewisse Gehässigkeit in der Politik ist mit der wachsenden Präsenz der SVP ins Land gezogen. Diese spürt man auch in der Gesellschaft. Es gibt mehr Ungeduld und mehr Misstrauen.

Sie meinen den populistischen Auftritt der SVP? Man könnte aber auch sagen, die Leute haben darauf gewartet, dass eine Partei einmal Klartext spricht.

Das glaube ich nicht, im Gegenteil. Ich komme nach wie vor mit vielen Leu-

«Ich hoffe auf eine Abkehr von der Haltung: Hier die «classe politique», dort «Wir das Volk»»

ten ins Gespräch. Die meisten bedauern diese Entwicklung. Sie führt zu einer Abneigung eines Teils der Bevölkerung gegenüber der Politik.

Glauben Sie, die Leute werden sich wieder von der SVP abkehren?

Ich hoffe zumindest auf eine Abkehr von der ominösen Haltung, es gebe auf der einen Seite die sogenannte classe politique und auf der anderen ein «wir das Volk».

Im Moment spürt man wenig davon.

Die Initiativen der Rechten (Minarettverbot, Ausschaffungsiniziative) sind sehr viel erfolgreicher als jene der Linken (Einheitskasse, Waffeninitiative). Was macht Ihre Partei, die SP, falsch? Die Botschaften der rechten Initiativen sind mit der Frage «Sind Sie für oder gegen etwas?» sehr vereinfacht und werden schnell verstanden. Wenn es aber um die Umsetzung geht, merkt man, dass sie keine effektiven Lösungen sind, dass es oft nur um einen Nebenschauplatz und nicht um wirkliche Probleme geht. Probleme sind viel komplexer, als dass man sie mit schlagkräftigen Parolen aus der Welt schaffen könnte. Auch ich habe bei mancher Abstimmungsvorlage Mühe, den Durchblick zu bekommen. Die Demo-

kratie verlangt viel von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Aber das ist ja auch das Schöne.

Führt die Komplexität und der fehlende Durchblick der Bevölkerung zu Fehlentscheiden an der Urne?

Es gibt Volksentscheide, die nicht immer der Sache dienen. Dennoch müssen wir sie akzeptieren. Als Bundesrätin habe ich manchen Abstimmungssonntag mit einer Niederlage erlebt. Was mich nicht daran hinderte, am darauffolgenden Montag darüber nachzudenken, wie ich einen in meinen Augen falschen Entscheid korrigieren könnte – selbstverständlich unter Anwendung demokratischer Mittel.

Wie kann sich die SP gegenüber der SVP in Zukunft behaupten?

Die SP wird in vielen Themen traditionell als sehr kompetent und glaubwürdig wahrgenommen, etwa in der Sozial- und in der Umweltpolitik, oder bei der Gleichstellung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf diesen Gebieten muss sie weitermachen. Eines der nächsten Ziele wird die Einheitskrankenkasse sein.

Hier könnte die SP, ganz im Stil der SVP, die Frage einfach gestalten: «Sind Sie für oder gegen hohe Krankenkassenprämien?». Wer kann da dafür sein? Doch die SP scheiterte an der Urne.

Das ist doch nur eine Scheinfrage. Sie so zu stellen, wäre eine Verachtung der Bürgerinnen und Bürger. Beim nächsten Anlauf für eine Initiative will die SP die Frage stellen, ob die Konkurrenz zwischen den Kassen positive oder negative Wirkung auf die Kosten hat. Oder ob es nicht viel mehr um das Abschieben von sogenannten schlechten Risiken wie ältere Menschen geht.

Und damit wäre dann die Konkurrenzfähigkeit zur SVP beantwortet?

Auch in Themen, welche die SVP für sich pachten möchte, ist die SP präsent. Etwa in der Sicherheitspolitik. Ist sie es doch oft, die sich vor Ort in der Bevölkerung für die Verstärkung der Polizeien einsetzt, während die SVP auf nationaler Ebene plakativ nach harten Gefängnisstrafen ruft. Die Antworten liegen eben viel mehr in der Verhinderung der Delikte an Ort und Stelle.

Zu einem anderen Thema: Morgen ist der Tag der Frau, vor 40 Jahren durften die Schweizer Frauen erstmals an die Urne. Ein Grund zum Feiern?

Für mich war die Einführung des Frauenstimmrechts «nur» der Abschluss eines langen, schwierigen Kapitels. Ich erinnere mich vor allem an die grosse Enttäuschung über die Abstimmung von 1959, als die Frauenstimmrechtsvorlage durchfiel. Ich war damals 19. Es war für mich und meine Familie unsäglich, dass man Frauen das Recht zur Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess absprach. Ein paar Monate später durfte ich dennoch abstimmen, denn mein Kanton führte das Stimmrecht für Frauen kurz darauf ein. Und ich werde es niemals vergessen, wie ich zusammen mit meiner Mutter an die Urne ging. Ich mit 20, sie im Alter von 55 Jahren. Es treibt mir jedes Mal fast Tränen in die Augen, wenn ich daran denke, dass meine Mutter, die mich grosszog, die einen so grossen Einfluss auf mich hatte, während so vieler Jahre vom politischen System ausgeschlossen blieb. Sie wurde von ihrer Heimat nicht für voll genommen. Sie starb noch, bevor das nationale Frauenstimmrecht eingeführt wurde. Es bewegt mich auch die Tatsache, dass unsere Vorgängerinnen teilweise ihr ganzes Leben lang für diese Mitsprache kämpften. Ich ge-



«Eine gewisse Gehässigkeit in der Politik ist mit der wachsenden Präsenz der SVP ins Land gezogen», sagt Ruth Dreifuss. Bild: key

höre zu der Generation Frauen, die noch in jungen Jahren ein neues Kapitel aufschlagen durfte.

Sie haben in Ihrer Amtszeit den chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin in Bern empfangen. Als Sie ihn für die Menschenrechtslage in China kritisierten, konterte er, die Schweiz sei auch kein demokratisches Vorbild angesichts des spät eingeführten Frauenstimmrechts. Was sagten Sie darauf?

Das er nicht unrecht habe (*lacht*). Sie müssen sich bewusst sein, mit welchen Argumenten damals gegen das Frauenstimmrecht gekämpft wurde. Es hiess, Frauen hätten keine Zeit, sich mit Abstimmungsvorlagen zu befassen, die Familie gerate in Zwiist, weil die Abstimmungsvorlagen zu Meinungsverschiedenheiten führen könnten, Frauen seien so beeinflussbar wie ihre Kinder. Vielleicht erinnern Sie

sich noch, dass wir anlässlich der 93er-Bundesratswahl als Symbol eine Sonnenbrotsche trugen. Für mich war deren Bedeutung klar: Frauen sind lange im Schatten gestanden, jetzt kommen sie ans Licht.

*Ironischerweise hat auch die SVP, damals wohl vehementeste Kämpferin gegen jegliche Macht der Frauen, die Sonne zu ihrem Symbol gemacht. Das stört mich nicht. Die Sonne gehört uns allen (*lacht*).*

Heute gibt es erstmals in der Geschichte eine Frauenmehrheit im Bundesrat. Was ging Ihnen durch Kopf und Herz, als es im Herbst so weit war?

Dass Normalität eingekehrt ist. Es geht nun nicht mehr um Mann oder Frau, sondern um die Kompetenzen der Kandidierenden, das ist ein grosser Schritt seit 1971.

Ist die Gleichstellung faktisch erreicht?

Es gibt noch immer zu wenig Frauen im Politbetrieb. Es ist oft schwierig für sie, sich zwischen Familienarbeit, Beruf und Politik zu organisieren. Mütter sind Seiltänzerinnen in Bezug auf ihr Zeitmanagement. Sie koordinieren nicht nur ihr eigenes Leben, sondern das Leben einer ganzen Gruppe. Und das schränkt sehr ein. Es braucht die Unterstützung der Arbeitgeber.

Nun gibt es aber Arbeitgeber, die sagen, Frauen wollten gar nicht ins Kader...

... das ist falsch...

... oder Kaderstellen könnten nur von Leuten besetzt werden, die mindestens 150 Prozent einsatzbereit sind...

... wieder falsch...

... Familienfrauen seien zu sehr absorbiert wegen der Kinder...

... auch falsch. Das erinnert mich an die Argumente, die damals gegen das

Frauenstimmrecht erhoben wurden. Nein, es gibt verschiedene Studien, die belegen, dass die erfolgreichsten Unternehmen jene sind, die eine gute Durchmischung von Männern und Frauen aufweisen. Natürlich ist ein Betrieb deswegen nicht vor Fehlbesetzungen gefeit, aber das liegt in der Verantwortung der Betriebschefs, nicht der Frauen.

«Mütter sind Seiltänzerinnen im Zeitmanagement, sie organisieren das Leben einer ganzen Gruppe»

Sie selbst haben keine Kinder und dennoch viel Empathie für die Situation der Mütter. Woher kommt das?

Ich hatte eine Mutter, ich habe eine Schwägerin, habe die Entwicklung ihrer Kinder mitverfolgt. Im Moment beobachte ich gerade deren Schwierigkeiten bei der Vereinbarung der Bedürfnisse der kleinen Kinder und ihrer beruflichen Verantwortung, und das immer unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Erwartungen an sie. Und die sind hoch. Übrigens auch jene an die Väter. Ich versuche zu helfen, wo ich kann.

Indem Sie Kinder hüten?

Natürlich (*lacht herzlich*). Und das macht mir sehr viel Freude. Mit Kindern erleben wir täglich Wunder. Man entdeckt die Welt neu in ihrer Begleitung. Ich kann kaum an einem Kind vorbeigehen, ohne zu lächeln. Kürzlich habe ich mit meinen Grossnichten einen Ausflug nach Italien gemacht und ihnen die magische Welt Venedigs gezeigt.

ZUR PERSON

Ruth Dreifuss (71) wurde am 10. März 1993 nach Elisabeth Kopp zweite Bundesrätin, 1999 wurde sie erste Bundespräsidentin in der Geschichte der Schweiz. Ihre Wahl war von Turbulenzen begleitet: Als offizielle Kandidatin war ihre Genfer Kollegin, Nationalrätin Christiane Brunner, aufgestellt worden. Eine bürgerliche Mehrheit der Bundesversammlung lehnte ihre Wahl zum Teil mit abstrusen Argumenten ab und erkor an ihrer Stelle den SP-Mann Francis Matthey. Es kam zur Grossdemonstration mit Tausenden von Frauen auf dem Bundesplatz. Matthey lehnte die Wahl zugunsten einer Frauenwahl ab. Was der Genfer Gewerkschafterin Dreifuss den Weg in die Bundesregierung ebnete. Bis 2002 führte sie das Eidgenössische Departement des Innern (EDI). (ka)